



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

04/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

BVerwG: Fiktionswirkung der Zustellung / Konkretisierung des Begriffs der „Unverzüglichkeit“ der Anschriftenmitteilung	4
Humanitäre Lage in der Ukraine	4
EMN-Studie über Menschenhandel: Erkennung, Identifizierung und Schutz der Opfer	5
Neuer Länderreport zu Burkina Faso	6

Aus der Rechtsprechung

VG Wiesbaden / Iran: Keine Verfolgung bei Konversion zum Zoroastrismus	6
VG Lüneburg / Burkina Faso: Staatlicher Schutz gegen FGM	7

Blick zum Nachbarn

Das Asylsystem in Rumänien: Zwischen Dublin und Schengen	8
--	---

Neuerwerbungen der Bibliothek

9

Impressum

10



BVerwG: Fiktionswirkung der Zustellung / Konkretisierung des Begriffs der „Unverzüglichkeit“ der Anschriftenmitteilung

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat mit Urteil vom 14. Dezember 2021 (Az. 1 C 40.20) klargestellt, dass die Zustellung eines Bescheides an die letzte bekannte Anschrift nur dann die Zustellfiktion des § 10 Absatz 2 Satz 1 und 4 Asylgesetz (AsylG) auslöst, wenn Antragstellende gegen ihre Obliegenheiten aus § 10 Absatz 1 Halbsatz 2 AsylG verstoßen, jeden Wechsel ihrer Anschrift „unverzüglich“ anzuzeigen.

Eine „unverzügliche“ Anzeige liegt nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts vor, wenn dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge binnen zwei Wochen ab dem tatsächlichen Umzugstag der Anschriftenwechsel gegenüber bekannt gegeben wird. Das Bundesverwaltungsgericht konkretisiert den unbestimmten Rechtsbegriff der „Unverzüglichkeit“ in § 10 Absatz 1 Halbsatz 2 AsylG somit auf eine bestimmte Frist, nämlich zwei Wochen. Für die Einhaltung der Frist ist auf den tatsächlichen Zugang der Anzeige beim Bundesamt abzustellen und nicht auf die vorgenommene Handlung durch Antragstellende. Damit tragen Antragstellende das Risiko etwaiger Verzögerungen und Fehler bei der Übermittlung der Anzeige. Die Anzeige der Adressänderung an sich ist an keine bestimmte Form gebunden.

Begründet wird die Festsetzung der Frist mit dem Sinn und Zweck der Vorschrift, wobei einerseits dem Beschleunigungsgebot, aber auch den Geboten der Verfahrensfairness und der Rechtssicherheit Rechnung getragen wird. Die Entscheidung wird mittels Dienstanweisung des Bundesamtes umgesetzt.

Katharina Sünkler, 61D

Humanitäre Lage in der Ukraine

Das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine ist ein besonderes, berufen sich doch beide Staaten auf das Großreich der Kiewer Rus als erstes machtvolleres ostslawisches Ballungszentrum, welches im Hochmittelalter gegründet wurde.

Während der Großteil der russischen Bevölkerung die Ukraine und ihre Staatsangehörigen genauso wie Belarus und alle belarussischen Bürgerinnen und Bürger als Teile der eigenen Nationalgeschichte begreift, versteht

sich die Ukraine als Land, dessen Geschichte von Russland getrennt geschrieben wurde.¹

Schon 2008 zeigte Russland im Zuge des Konflikts mit Georgien um Abchasien und Südossetien², dass es den postsowjetischen Raum als unmittelbares Einflussgebiet betrachtet. Diese Sichtweise kulminierte in der Annexion der Krim im März 2014 und der seitherigen Unterstützung der prorussischen separatistischen Gebiete Donezk und Luhansk im Donbas.³ Die Auffassung einer „russischen Welt“ (russkij mir) sowohl im staatsbürgerlichen, ethnischen als auch im kulturellen Sinne prägt das russische Verständnis⁴ folglich ebenso vor dem Hintergrund der Argumentation des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Menschen in der Ukraine vor angeblichen Misshandlungen und Ermordungen durch die ukrainische Regierung mittels einer sogenannten Spezialoperation schützen zu wollen.⁵

Aufgrund der Intensivierung des Kriegsgeschehens verschärft sich die humanitäre Situation in der Ukraine.⁶ Vor allem im Süden und im Osten des Landes müssen aufgrund der zerstörten Infrastruktur viele Menschen, insbesondere Familien mit Kindern, ohne fließendes Wasser, regelmäßiges Essen und Strom auskommen.⁷ Zudem verhindert die aktuelle Lage Reparaturmaßnahmen und weitere Hilfsmöglichkeiten.⁸ Die zivilen Opferzahlen steigen, von der ukrainischen Seite werden insgesamt zehntausende Tote gemeldet.⁹

Laut der Weltbank sind allein durch Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur Kosten in Höhe von etwa 60 Milliarden USD entstanden. Dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zufolge benötigt die Ukraine 7 Milliarden USD pro Monat, um wirtschaftliche Verluste auszugleichen. Die direkten Verluste für die Wirtschaft stiegen Anfang April um 12,2 Milliarden USD und überschritten mit Stand 22. April 2022 die

1 Jobst, Kerstin S.: Russland und Ukraine, 05.02.2020, in: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/303242/russland-und-ukraine/>, abgerufen am 27.04.2022; Kappeler, Andreas: Die Kiewer Rus: Geteilte Erinnerung in der Ukraine und in Russland, 09.09.2019, in: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/>, abgerufen am 27.04.2022

2 Jobst, Kerstin S.: Russland und Ukraine, 05.02.2020, in: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/303242/russland-und-ukraine/>, abgerufen am 27.04.2022; Panjikizde, Maia: Georgiens Außenministerin: „Russland will wieder Sowjetunion herstellen“, 22.10.2014, in: Deutschlandfunk, <https://www.deutschlandfunk.de/georgiens-aussenministerin-russland-will-wieder-sowjetunion-100.html>, abgerufen am 27.04.2022

3 ebd.; lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Ukraine-Krieg 2022 – Russland-Ukraine-Konflikt erklärt: News – Chronik – Hintergründe – Analysen, ohne Datum, <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c85141>, abgerufen am 27.04.2022

4 Jobst, Kerstin S.: Russland und Ukraine, 05.02.2020, in: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/303242/russland-und-ukraine/>, abgerufen am 27.04.2022; Kappeler, Andreas: Die Kiewer Rus: Geteilte Erinnerung in der Ukraine und in Russland, 09.09.2019, in: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/>, abgerufen am 27.04.2022

5 ZEIT ONLINE, dpa, cth: Krieg in der Ukraine: Die Rede von Wladimir Putin im Wortlaut, 24.02.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/wladimir-putin-rede-militaer-einsatz-ukraine-wortlaut>, abgerufen am 12.07.2022

6 UNHCR Deutschland: UNHCR verstärkt Hilfe in der Ukraine und den Nachbarländern, 08.04.2022, <https://www.unhcr.org/dach/de/75729-unhcr-verstaerkt-hilfe-in-der-ukraine-und-den-nachbarlaendern.html>, abgerufen am 27.04.2022

7 Passenheim, Antje: Ukrainische Frauen – Vergewaltigung als Waffe, 12.04.2022, in: tagesschau.de: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-un-sicherheitsrat-verge-waltungen-101.html>, abgerufen am 27.04.2022; Kesper, Katharina: Ukraine-Krieg: Fragen und Antworten zur Situation der Kinder und zum UNICEF-Einsatz, 31.03.2022, <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/ukraine-fragen-und-antworten-zur-unicef-arbeit/263002>, abgerufen am 12.07.2022

8 ebd.

9 lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Ukraine-Krieg 2022 – Russland-Ukraine-Konflikt erklärt: News – Chronik – Hintergründe – Analysen, ohne Datum, <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c85141>, abgerufen am 27.04.2022

Marke von 84,8 Milliarden USD.¹⁰ Mittlerweile sind etwa 30 Prozent der Infrastruktur zerstört.¹¹

Diese anhaltende Zerstörung der zivilen Infrastruktur und die erwartete russische Großoffensive im Osten lösen verstärkte Fluchtbemühungen von immer mehr Menschen in den Westen der Ukraine aus.¹² Bis jetzt flüchteten mehr als 5,2 Millionen Personen über die Grenzen und 7,7 Millionen innerhalb des Landes. Schätzungsweise sitzen weitere 13 Millionen Menschen in den betroffenen Gebieten fest oder können aufgrund der Sicherheitslage nicht fliehen.¹³

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zählte bis zum Abend des 26. April 2022 insgesamt 164 Angriffe auf Krankenhäuser, Arztpraxen, Ambulanzen, Rettungsdienste, Blutbanken oder Lagerhäuser für Medikamente sowie in diesem Zusammenhang 73 Todesopfer. In den meisten Fällen wurden schwere Waffen, wie Raketen, Bomben oder Mörsergranaten verwendet.¹⁴ Zudem muss circa die Hälfte des Landesgebiets entminnt werden, schätzungsweise etwa 300.000 km². Täglich werden durchschnittlich 2.000 bis 6.000 Sprengkörper entfernt und entschärft.¹⁵

Da von ukrainischer Seite eine Großoffensive russischer Truppen befürchtet wird, liegt derzeit (Stand: 27. April 2022) der Gesetzesentwurf Nr. 7265 dem ukrainischen Parlament (Werchowyna Rada) vor: Im Ausland aufhältige ukrainische Männer, die während des geltenden Kriegsrechts der Wehrpflicht unterliegen, sollen laut dem Entwurf innerhalb von 15 Tagen zur Rückkehr in die Ukraine verpflichtet werden, ansonsten drohe ein Strafmaß zwischen fünf und zehn Jahren Haft.¹⁶

Anna Pelzl, 62F

10 Ukrayinska Pravda: Infrastructure damage from the war exceeds \$80 billion, 11.04.2022, <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/04/11/7338841/>, abgerufen am 27.04.2022; statista.de: Estimated direct losses from damages to civilian infrastructure from the Russian invasion in Ukraine as of April 18, 2022, April 2022, <https://www.statista.com/statistics/1303344/ukraine-infrastructure-war-damage/>, abgerufen am 27.04.2022; Lawder, David/Gallagher, Chris: World Bank estimates Ukraine physical damage at roughly \$60 billion so far, 21.04.2022, <https://www.reuters.com/world/world-bank-estimates-ukraine-physical-damage-roughly-60-billion-so-far-2022-04-21/>, abgerufen am 27.04.2022

11 Interfax – Ukraine: About 30% of Ukraine's infrastructure destroyed due to Russia's invasion – minister, 19.04.2022, <https://en.interfax.com.ua/news/economic/825454.html>, abgerufen am 27.04.2022

12 Petrenko, Roman: "Evacuate if you can": authorities tell residents of two oblasts, 06.04.2022, in: Ukrayinska Pravda, <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/04/06/7337576/>, abgerufen am 27.04.2022

13 UNHCR Deutschland: Weitere Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Nachbarländern dringend nötig, 26. April 2022, <https://www.unhcr.org/dach/de/76269-weitere-unterstuetzung-von-fluechtlingen-aus-der-ukraine-und-nachbarlaendern-dringend-noetig.html>, abgerufen am 27.04.2022; lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Ukraine-Krieg 2022 – Russland-Ukraine-Konflikt erklärt: News – Chronik – Hintergründe – Analysen, ohne Datum, <https://www.lpb-bw.de/ukraine-konflikt#c85141>, abgerufen am 27.04.2022

14 World Health Organization: Surveillance System for Attacks on Health Care (SSA), Stand 26.04.2022, <https://extranet.who.int/ssa/Index.aspx>, abgerufen am 127.04.2022

15 Valentyna Romanenko: Nearly half of Ukraine's territory needs to be cleared of mines – State Emergency Service, 11.04.2022, in: Ukrayinska Pravda, <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/04/11/7338840/>, abgerufen am 27.04.2022

16 Ukrainisches Parlament (Werchowyna Rada): Gesetzesentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches der Ukraine und des Gesetzes der Ukraine „Über die Rechtsordnung des Kriegsrechts“ zur Festlegung der Haftung für die Nichteinhaltung des Gesetzes über die Rückkehr in die Ukraine nach der Verhängung des Kriegsrechts in der Ukraine oder an bestimmten Orten, 18.04.2022, <https://itd.rada.gov.ua/billinfo/Bills/Card/39391>; abgerufen am 27.04.2022; Charchenko, Alexandra: 10 Jahre Gefängnis für Überläufer. Was denken Wanderarbeiter über die erzwungene Rückkehr in die Ukraine während des Krieges?, 11.04.2022, in: Strana.ua, <https://strana.today/news/385813-kak-zarobitchane-otbreahirova-li-na-popytku-vernuty-ikh-iz-za-hranitsy-dlja-mobilizatsii.html>, abgerufen am 27.04.2022; interfax-ukrayina: Die Rada registrierte einen Gesetzesentwurf zur strafrechtlichen Haftung für Männer, die nach dem Kriegsrecht nicht in die Ukraine zurückkehrten, 11.04.2022, <https://interfax.com.ua/news/general/823253.html>, abgerufen am 12.04.2022

Informationen und Hilfeportale:

Offizielle deutsche Stellen bieten aus der Ukraine Geflüchteten gesicherte und aktuelle Informationen in mehreren Sprachen: Mit dem Hilfeportal und der App „Germany4Ukraine“ hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) eine digitale Anlaufstelle für die erste Orientierung in Deutschland geschaffen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlicht auf seiner Homepage in der Rubrik „Geflüchtet aus der Ukraine“ kontinuierlich und in mehreren Sprachen unter anderem FAQ zu Einreise und Aufenthalt und Informationen zu Willkommensangeboten. Zudem wurde gemeinsam mit dem BMI und der Deutschen Bahn ein Paket mit aktuellen Informationen zur Einreise nach Deutschland und Zugfahrt, zum Zugang zu Unterkünften sowie zu zahlreichen Hilfsangeboten zusammengestellt. In Zügen, Bussen und Bahnhöfen sind entsprechende QR-Codes angebracht, welche direkt zu den Online-Informationen führen.

Übersicht wichtiger Links:

- Hilfeportal des BMI: www.germany4ukraine.de
- FAQ des BMI zur Einreise aus der Ukraine: www.bmi.bund.de
- Themenseite des BAMF mit FAQ u.v.m.: www.bamf.bund.de
- Infopakete Deutsche Bahn: <https://zugportal.de>

EMN-Studie über Menschenhandel: Erkennung, Identifizierung und Schutz der Opfer

Menschenhandel ist ein Verbrechen gegen die Grundrechte des Opfers. Er kann verschiedene Formen annehmen, zum Beispiel sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit oder -dienstbarkeit, Sklaverei und Leibeigenschaft sowie die Entnahme von Organen. Diese Praktiken sind durch zahlreiche EU- und internationale Instrumente verboten. Dennoch gibt die anhaltende Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen und nach Niedriglohnarbeitern in manuellen Arbeitsprozessen für Menschenhändler weiterhin Möglichkeiten zur Ausbeutung von Menschen. Eine neue EMN-Studie¹⁷ gibt einen vergleichenden Überblick über Maßnahmen und bewährte Verfahren zur Erkennung, Identifizierung und zum Schutz von Drittstaatsangehörigen, die Opfer von Menschenhandel in 25 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Georgien von Januar 2015 bis Dezember 2020 geworden sind. Die Studie geht auf Fragen ein wie die EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Georgien gegen den Menschenhandel mit Drittstaatsangehörigen vorgehen, wie die Zusammenarbeit der Länder auf EU- und internationaler Ebene aussieht und zeigt die wichtigsten Herausforderungen auf.

17 European Migration Network: EMN Study, Third-country national victims of trafficking in human beings: detection, identification and protection, 31 March 2021, in: https://ec.europa.eu/home-affairs/whats-new/publications/third-country-national-victims-trafficking-human-beings-detection-identification-and-protection_en; abgerufen am 19.04.2022.

Erkenntnisse der Studie im Überblick

Zwischen 2015 und 2020 wurden mehr als 10.500 Drittstaatsangehörige als Opfer von Menschenhandel in den EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Georgien registriert. Der Anteil der Minderjährigen betrug 8,5 Prozent, sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft etwa 75 Prozent der Fälle. Institutionelle, politische und legislative Initiativen wurden mit dem Ziel ergriffen, die Koordinierung zwischen den relevanten Akteuren zu stärken und (mutmaßliche) Opfer besser zu schützen, sowie die Ermittlungen zu verbessern und die Strafen für die Täter zu verschärfen. Da Menschenhandel im Verborgenen stattfindet, werde nach wie vor zu wenig darüber berichtet. Da (mutmaßliche) Opfer auch Vergeltungsmaßnahmen gegen ihnen nahestehende Personen fürchteten, stelle Aufdeckung und Identifizierung eine Herausforderung dar. Frühzeitige Erkennung und Identifizierung seien entscheidend für die schnelle Gewährleistung von Hilfe und Schutz. Außerdem ermögliche sie den zuständigen Behörden, besser zu ermitteln, strafrechtlich zu verfolgen und Menschenhändler zu verurteilen. Im Allgemeinen ist die formelle Identifizierung eines Opfers der Auslöser für verschiedene Formen der Unterstützung. In den meisten Fällen ist das Aufenthaltsrecht nicht abhängig von der Teilnahme des Opfers am Strafverfahren.

Die Gründe und Modalitäten für die Unterstützung und den Schutz von (mutmaßlichen) Opfern sind in verschiedenen EU-Rechtsinstrumenten geregelt. Diese umfassen das Recht auf Information, Übersetzung und Dolmetscher, Beratung, Rechtsvertretung und -beistand, Zugang zu angemessener Unterbringung und materieller Unterstützung sowie auf medizinische Behandlung und psychologische Betreuung, und das Recht auf Entschädigung.

Aufgrund des grenzüberschreitenden und bereichsübergreifenden Charakters von Menschenhandel bilde die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene ein entscheidendes Element und kann verschiedene Formen annehmen, die von Netzwerken und Mechanismen zum Austausch von Informationen und bewährten Praktiken, bis hin zu gemeinsamen Operationen zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen zuständigen Behörden oder auch Ad-hoc-Initiativen reichen können.

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

In ihren nationalen Beiträgen zu der Studie berichteten die EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Georgien auch darüber, dass sich durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie erhebliche zusätzliche Herausforderungen für die Erkennung, Identifizierung und den Schutz der (mutmaßlichen) Opfer von Menschenhandel entwickelten. Außerdem hat die pandemiebedingte Störung der Wirtschaft die Gefährdung einiger ohnehin schon gefährdeter Personen dramatisch erhöht. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben die Art und Weise verändert, wie die Opfer

angeworben, gehandelt und ausgebeutet werden, wobei die meisten Länder sich besorgt zeigten über die zunehmende Nutzung von Online-Mitteln.

Manfred Kohlmeier, 91C

Neuer Länderreport zu Burkina Faso

Der 50. Länderreport aus dem Referat Länderanalysen informiert über den Militärputsch in Burkina Faso. Am 24. Januar 2022 putschte das Militär unter Oberstleutnant Paul-Henri Sandaogo Damiba gegen Präsident Roch Marc Christian Kaboré. Der Präsident wurde abgesetzt, Regierung und Parlament wurden aufgelöst. Damiba wurde zum Präsidenten für eine auf 36 Monate angelegte Phase des Übergangs zurück zu einer verfassungsmäßigen Ordnung bestimmt. Eine Übergangsregierung unter Premierminister Albert Ouédraogo und ein Übergangsparlament wurden eingerichtet.

Das Militär begründete den Putsch im Wesentlichen mit einem Versagen der abgesetzten Staatsführung im Kampf gegen sich im Lande ausbreitende extremistische Gewalt. Weite Teile der Gesellschaft scheinen diesen Schritt unterstützt oder toleriert zu haben. Für die Gewalt verantwortlich sind insbesondere dschihadistische, auch in den Nachbarländern Mali und Niger teils grenzüberschreitend aktive Gruppen. Die hohe Zahl an Binnenflüchtlingen nimmt noch immer zu, die humanitäre Lage verschlechtert sich weiter.

Neben den aktuellen innenpolitischen Entwicklungen beleuchtet der vorliegende Länderreport auch die Sicherheits- und humanitäre Lage. Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter [„Publikationen“](#) abgerufen und verwendet werden.

Andreas Emcev, 62E

VG Wiesbaden / Iran: Keine Verfolgung bei Konversion zum Zoroastrismus

Die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts (VG) Wiesbaden entscheidet mit dem Urteil vom 18. März 2022 (Az.: 6 K 2050/18.WI.A)¹⁸, dass bei einer Konversion zum Zoroastrismus keine Verfolgung in Iran droht.

Die Apostasie (Religionswechsel weg vom Islam) ist aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten islamischen Jurisprudenz in Iran verboten und mit langen

¹⁸ VG Wiesbaden, vom 18.03.2022, 6 K 2050/18.WI.A, Urteil

Haftstrafen (bis hin zur Todesstrafe) bedroht.¹⁹ Indes sind in der Praxis Verurteilungen wegen Apostasie unwahrscheinlich.²⁰ Der Zoroastrismus (Zarathustra-Glauben) gehört in Iran zu den „Buchreligionen“.²¹ Zoroastrier können ihren Glauben in den jeweiligen Gemeinden relativ frei ausüben. Sie genießen eine gewisse Autonomie. Die Bekanntgabe einer Konversion auf Facebook allein genügt in Iran nicht zu einer Verfolgung.²²

Im vorliegenden Fall hatte sich der Kläger bereits seit 2015 mit dem Zoroastrismus beschäftigt. Dies war ihm vor seiner Flucht 2018 in Iran möglich, ohne dass er verfolgt wurde. Vor Gericht konnte der Kläger wesentliche Glaubensinhalte des Zoroastrismus wiedergeben, legte eine Bescheinigung der Konversion der europäischen zoroastrischen Dachgemeinde Bozorg Bazgasht vor und machte auch nach dem persönlichen Eindruck in der Verhandlung glaubhaft, dass er diesen Glauben für sich angenommen habe.

In Iran fällt die Konversion zum Zoroastrismus unter das Apostasieverbot, jedoch lagen dem VG Wiesbaden keine Erkenntnisquellen vor, die eine Verfolgung von Zoroastriern als wahrscheinlich erscheinen ließen. Das Gericht führte detailliert aus, dass anders als bei Christen die Mission im Zoroastrismus keinen Glaubenssatz und vor allem kein göttliches Gebot darstelle, das vergleichbar dem neutestamentarischen Taufbefehl ein In-die-Welt-Tragen der eigenen Glaubensüberzeugung und die Bekehrung anderer fordere. Es seien eher nur die europäischen und amerikanischen Gemeinden wie Bozorg Bazgasht, die überhaupt den Übertritt nicht gebürtiger Zoroastrier zuließen. Traditionellere persische und indische Gemeinschaften nähmen aus Prinzip keine Außenstehenden in den Glauben auf. Der Zoroastrismus stelle eine originär persische Religion dar, die sich seit dem Fall des sassanidischen Reichs infolge der arabischen Expansion im 7. Jahrhundert auf dem Rückzug befände und nur noch wenige zehntausend Anhänger auf der ganzen Welt, darunter zum Großteil in parsischen Gemeinden in Indien (Mumbai), umfasse. Durch die Verteilung der Gläubigen in der Diaspora sei auch der rituelle Besuch des Feuertempels keine Selbstverständlichkeit, sodass zoroastrische Gruppen weltweit ihren Glauben vor allem im privaten Kreis zu leben gewohnt seien.²³

Vor diesem Hintergrund sei nicht zu erwarten, dass der Kläger bei einer Rückkehr nach Iran als Konvertit

auffallen werde. Zur Überzeugung des Gerichts habe er Verfolgung aufgrund der üblichen, zurückgezogenen Religionsausübung nicht zu befürchten. Dies auch, weil trotz vereinzelt bekannt gewordener Diskriminierungen und Einzelverfolgungen von Zoroastriern bei dem Zoroastrismus als Teil der iranischen DNA (auf diesen Glauben geht etwa das Norouz-Fest zurück) keine Abwehrhaltung der islamischen Machthaber wie beim Christentum als Träger westlicher Korruption und Subversion anzunehmen sei.

Der Kläger konnte auch nicht darlegen, dass ihm ein zurückgezogenes Ausleben der Religion nicht zumutbar sei. Die iranische Zoroastrier-Gemeinde nehme zwar keine Konvertiten auf. Dies sei aber zur Überzeugung des Gerichts nicht wesentlich durch die staatlichen Verbote, sondern durch das traditionelle, zoroastrische Glaubensverständnis geprägt, das Außenstehenden gegenüber verschlossen sei. Dass der Kläger somit keine Gemeinschaft im Iran erleben könne, ginge nicht auf staatliche Verfolgung, sondern den freien, zu respektierenden Willen der übrigen Zoroastrier zurück. Eine Verfolgung aus politischen Gründen bestehe ebenfalls nicht.

Dr. Anke Reiß, 62E

VG Lüneburg / Burkina Faso: Staatlicher Schutz gegen FGM

Mit Urteil vom 10. März 2022 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Lüneburg (Az. 6 A 225/19), dass in Burkina Faso wirksamer Schutz gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) im Sinne von § 3 d Abs. 2 AsylG zur Verfügung steht. Im vorliegenden Fall trug die Klägerin im Wesentlichen vor, dass sie seitens ihres Vaters einem Mann versprochen worden sei, der vor der Hochzeit ihre Beschneidung gefordert habe. Kurz vor der Zeremonie habe sie eine Gelegenheit zur Flucht ergriffen. Bei einer Rückkehr habe ihr Vater gedroht, dass sie sich auf Wunsch des Mannes beschneiden lassen müsse.²⁴

FGM stellt in Burkina Faso noch immer eine weit verbreitete Praxis dar. Trotz eines Verbots in der nationalen Gesetzgebung sind 76 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren davon betroffen. In nahezu 90 Prozent der Fälle wird die Beschneidung bis zum neunten Lebensjahr durchgeführt. Durch staatliches und internationales Engagement begleitet von mehreren Programmen nimmt die Beschneidungspraxis jedoch zunehmend ab.²⁵ Zur Abschaffung von FGM hat der burkinische Staat den 18. Mai als nationalen Tag zu

¹⁹ Im iranischen Strafgesetzbuch ist der Tatbestand der Apostasie trotz legislatorischer Bemühungen 2008 zwar nicht definiert. Art. 167 der Verfassung sieht aber vor, dass die Gerichte in Abwesenheit einer definitiven Regelung entsprechend der Scharia zu entscheiden haben. Dabei folgen die Richter im Regelfall einer sehr strengen Auslegung auf Basis der Ansicht von konservativen Geistlichen wie Staatsgründer Ayatollah Khomeini, der für die Abkehr vom Islam die Todesstrafe verlangte, siehe VG Wiesbaden, S. 10.

²⁰ Fälle einer Vollstreckung der Todesstrafe wegen Apostasie wurden in den letzten Jahren nicht mehr bekannt. Der ehemalige Chef der iranischen Judikative, Ayatollah Sharoudi, hatte die Staatsanwaltschaften und die Gerichte angewiesen, niemanden wegen Religionswechsel zur Todesstrafe zu verurteilen. Eine derartige Verurteilung ist daher derzeit unwahrscheinlich. BAMF Länderreport 10; Iran, 3/2019, S. 9.

²¹ Vgl. BFA, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl der Republik Österreich, Länderinformation der Staatendokumentation Iran, vom 22.11.2020, S. 48 ff., 52 ff.

²² Siehe VG Würzburg, vom 25.01.2021, W 8 K 20.30746, Urteil.

²³ Vgl. VG Wiesbaden, S. 11. Detaillierte Ausführungen bei Hutter, Manfred, Iranische Religionen, de Gruyter 2019.

²⁴ Vgl. VG Lüneburg, Urteil vom 10.03.2022 - 6 A 225/19

²⁵ Vgl. UNICEF: STATISTICAL PROFILE ON FEMALE GENITAL MUTILATION/CUTTING, in: https://data.unicef.org/wp-content/uploads/country_profiles/Burkina%20Faso/FGMC_BFA.pdf (abgerufen am 08.04.2022)

diesem Thema etabliert und ein Budget im Staatshaushalt für die Bekämpfung von FGM festgelegt. Im Zuge von internationalen Projekten haben sich über 130 Dörfer von FGM abgewandt und Initiativen zur Bekämpfung dieser „Tradition“ wurden gefördert. Allein zwischen 2005 und 2012 wurden über 800 Personen wegen der Durchführung weiblicher Genitalverstümmelung verhaftet und rechtskräftig verurteilt.²⁶

Nach Erkenntnissen des Gerichts werden in Burkina Faso schon seit 1996 die Gesetze sowohl gegen FGM wie auch gegen die Zwangsverheiratung – im Gegensatz zu anderen afrikanischen Staaten – konsequent umgesetzt. Zur Anzeige gebrachte (versuchte) Beschneidungen werden tatsächlich strafrechtlich verfolgt. Der burkinische Staat ist daher sowohl willig als auch in der Lage staatlichen Schutz gegen FGM zu gewähren. Einzelnes Fehlverhalten schließt dies nicht aus, denn kein Staat vermag einen schlechthin perfekten, lückenlosen Schutz zu gewähren und sicherzustellen. Deshalb schließt weder Lückenhaftigkeit des Systems staatlicher Schutzgewährung überhaupt noch die im Einzelfall von Betroffenen erfahrene Schutzversagung als solche schon staatliche Schutzbereitschaft oder Schutzfähigkeit aus.²⁷

Im vorliegenden Fall kommt hinzu, dass die nunmehr volljährige Klägerin einen Lebenspartner hat und eine Eheschließung geplant ist. Sie könne sich bei einer gemeinsamen Rückkehr daher entweder an die staatlichen Schutzbehörden wenden oder an einem anderen Ort in Burkina Faso niederlassen.²⁸

Andreas Emcev, 62E

Blick zum Nachbarn - Das Asylsystem in Rumänien: Zwischen Dublin und Schengen

Im Jahr 1991 unterschrieb Rumänien die UN-Flüchtlingskonvention und das UN-Protokoll zum Status von Flüchtlingen. Rumänien veränderte ab 1996 sein Asylsystem sukzessiv bis es 2006 mit EU-Standards in Einklang gebracht wurde.²⁹ Die für Asyl und Integration von Ausländern zuständige Asyl- und Integrationsdirektion (DAI) untersteht der Generalinspektion für Einwanderung (IGI) und arbeitet mit europäischen sowie internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Asylwesen zusammen. Für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern und die

Durchführung von Asylverfahren nach EU-Standards gibt es sechs regionale Zentren in Bukarest, Giurgiu, Timișoara, Galatz, Rădăuți und Maramureș.

Die seit 2006 vollzogenen Änderungen im Asylsystem sowie der Organisationsstruktur der IGI-DAI waren notwendig, da sowohl die Asylantragszahlen als auch illegale Einreisen zugenommen hatten und daher Aufnahme- wie Bearbeitungskapazitäten ausgebaut wurden. Die Angleichung an die Rechtsvorschriften und internen Verfahren im Bereich Migration und Asyl an den „sich immer wieder ändernden EU-Besitzstand“ finden im Zuge der intensiven Vorbereitungen Rumäniens zum angestrebten Beitritt zu Schengen statt.³⁰

Damit wird auch die besondere Situation Rumäniens in der EU deutlich: Rumänien liegt zwischen dem Schengen-Raum und den EU-Außengrenzen: Es „ist Mitglied des Dublin-Systems (...) und Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), aber nicht Mitgliedsland im Schengen-Raum.“³¹ Für den Schutz seiner Außengrenzen gegenüber Serbien, Republik Moldau, Ukraine und die Durchführung der Asylverfahren ist Rumänien allein verantwortlich.

Durch die Teilnahme am Dublin-System ist Rumänien für die Asylverfahren der Menschen zuständig, die dort zum ersten Mal registriert und damit auch in das EURODAC-System aufgenommen wurden. Eine Weiterreise in den Schengen-Raum ist Migrantinnen und Migranten (vornehmlich aus Afghanistan, Syrien, Irak)³² auch mit einem Schutzstatus in Rumänien nicht ohne weiteres möglich. Daher haben wohl die meisten Drittstaatsangehörigen kein Interesse daran, einen Asylantrag in Rumänien zu stellen³³, die Ablehnungsquote liegt zudem bei 87 Prozent³⁴.

Die Asylantragszahlen stiegen in den letzten drei Jahren tendenziell von 2.590 (2019) auf 6.156 (2020)³⁵ auf 9.065 (2021)³⁶, was das Asylsystem sowie die Aufnahmekapazitäten vor allem im EU-grenz nahen Timișoara bereits seit 2019 überlastet. Die rumänische Grenzpolizei hindert nach eigenen Aussagen Migrantinnen und Migranten an den Grenzen zu Serbien, Bulgarien und Ukraine an der Einreise beziehungsweise führt (lt. bestehenden Rückübernahmeabkommen) vermehrt aufgegriffene Personen in diese Länder zurück.³⁷

30 Generalinspektion für Einwanderung Rumänien (IGI): Organisation, <https://igi.mai.gov.ro/en/organization/>; abgerufen am 12.04.2022

31 s. Rank, Hartmut, u.a.: *Das „Game an der Grenze“. Rumänien als Teil der Balkanroute und möglicher weiterer Brennpunkt der europäischen Migrationspolitik. Länderbericht – Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa (Rumänien)*; Mai 2021 2; Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

32 s. Länderdaten.info: Flüchtlinge nach Herkunftsländern, <https://www.laenderdaten.info/flueltlinge-nach-laendern.php>; abgerufen am 12.04.2022

33 vgl. Rank, Hartmut, u.a.: *Das „Game an der Grenze“. Rumänien als Teil der Balkanroute und möglicher weiterer Brennpunkt der europäischen Migrationspolitik. Länderbericht – Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa (Rumänien)*; Mai 2021 2; Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

34 vgl. dazu Länderdaten.info: Flüchtlinge in Rumänien <https://www.laenderdaten.info/Europa/Rumaenien/flueltlinge.php>; abgerufen am 12.04.2022

35 vgl. dazu auch Marcel Gascón Barberá: *Abandoned Romanian Mansion Becomes 'Base Camp' for Afghans Heading West*, in: *Balkan Insight*, 04.02.2021, abgerufen am 12.04.2022

36 Europarat: Asylantragszahlen in Rumänien 2010 – 2020, https://www.europarl.europa.eu/infographic/welcoming-europe/index_de.html#filter=2020, abgerufen am 07.04.2022; De Statista: Asylantragszahlen in Rumänien 2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459422/umfrage/asylbewerber-in-den-laendern-der-eu/>; abgerufen am 07.04.2022

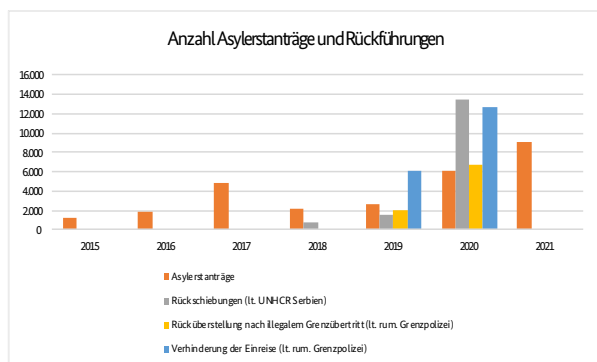
37 vgl. AIDA (Asylum Information Database), Nica, Felicia: *AIDA Country Report: Romania update 2020*, abgerufen am 07.04.22, S. 19 ff.

26 Vgl. Terre de femmes: Burkina Faso, in: <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/weibliche-genitalverstuemmelung/unsere-engagement/aktivitaeten/genitalverstuemmung-in-afrika/fgm-in-afrika/1452-burkina-faso> (abgerufen am 08.04.2022)

27 Vgl. VG Lüneburg, Urteil vom 10.03.2022 – 6 A 225/19

28 Vgl. ebd.

29 Bundeszentrale für politische Bildung: Rumänien – Flucht und Asyl <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/57810/flucht-und-asyl/>, abgerufen am 12.04.2022



Quelle: Eigene Darstellung³⁸

EUAA-Unterstützung für Geflüchtete

Seit Ende Februar 2022 ist Rumänien eines der Hauptaufnahmeländer für Geflüchtete aus der Ukraine, welche nach Durchführungsbeschluss des europäischen Rates vom 4. März 2022³⁹ in den EU-Mitgliedstaaten vorübergehenden Schutz und damit Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Unterstützungsleistungen erhalten.⁴⁰ Anfang April 2022 hatte Rumänien laut UNHCR bereits 650.000 Personen aus der Ukraine aufgenommen. Die rumänischen Behörden koordinieren zusammen mit lokalen NGOs die Versorgung in Aufnahmeeinrichtungen, informieren die Geflüchteten und sorgen für sichere Weiterreise.⁴¹ Sowohl die Behörden in den Aufnahmeeinrichtungen als auch die Generalinspektion für Einwanderung IGI-DAI erteilen auf Antrag die Genehmigung über vorübergehenden Schutz. Auch Personen, die privat aufgenommen werden, müssen diesen beantragen und sich registrieren.

Rumänien hat zur Bewältigung dieser Aufgabe bereits Anfang März 2022 die Asyagentur der Europäischen Union (EUAA) um technische und operative Unterstützung gebeten, um die EU-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz umzusetzen. Es wurden von Rumänien aktuell 32 Experten und -expertinnen aus den Mitgliedstaaten angefragt, aus Deutschland sind bislang 3 Bundesamt-Mitarbeitende entsendet worden. Es ist ein schrittweiser Einsatz von bis zu 120 EUAA-Mitarbeitenden vorgesehen.⁴²

Lena Thiem, 62E

Neuerwerbungen der Bibliothek

Angenendt, Steffen [u.a.]: Flucht aus der Ukraine: Mobilität erhalten und langfristig denken! : vom temporären Schutz zu Integrationsperspektiven. - März 2022. - Berlin : SWP, 2022. - 1 Online-Ressource (8 Seiten)

Brouwer, Evelien R.: Schengen and the administration of exclusion : legal remedies caught in between entry bans, risk assessment and artificial intelligence. In: European Journal of Migration and Law. - 23 (2021), Heft 4, Seite 485-507

Das Bundesamt in Zahlen : Asyl, Migration und Integration - 2021. - Stand: Februar 2022. - Nürnberg, 2022. - 1 Online-Ressource (55 Seiten)

Idler, Julia: Die Flüchtlingsanerkennung von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren nach der Genfer Flüchtlingskonvention. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2020. - 1 Online-Ressource (335 Seiten). - ISBN 978-3-7489-2161-5

Kriesi, Hanspeter; Oana, Nena: Asylum policy preferences among the European publics : conflict configurations at the transnational and domestic level. - December 2021. - San Domenico di Fiesole : Robert Schuman Centre for Advanced Studies, 2021. - 1 Online-Ressource (34 Seiten)

Marx, Reinhard: Ein Bauelement der europäischen Festung: Konzept „kleiner“ sicherer Herkunftsstaaten. In: Informationsbrief Ausländerrecht : InfAuslR. - 44 (2022), Heft 1, Seite 5-10

Riedel, Sabine: Grenzschutz, Migration und Asyl : Wege der Europäischen Union aus der Politikverflechtungsfalle. - November 2020. - Berlin : SWP, 2020. - 1 Online-Ressource (45 Seiten)

Sommaribas, Adolfo; Nienaber, Birte: [22] Migration and mobility of third-country national labour workers to and inside Europe during the Covid-19 pandemic - a legal analysis. In: [CMS] Comparative migration studies. - 9 (2021) vom 27.5.2021, 1 Online-Ressource (17 Seiten)

Stahlmann, Friederike: Erfahrungen und Perspektiven abgeschobener Afghanen : im Kontext aktueller politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen Afghanistans. - Juni 2021. - Berlin, 2021. - 1 Online-Ressource (121 Seiten)

Vavoula, Niovi: Information sharing in the Dublin system: remedies for asylum seekers in-between gaps in judicial protection and interstate trust. - In: German law journal : GLJ : open access to comparative, European, and international law. - 22 (2021), Heft 3, 1 Online-Ressource (Seite 391-415)

³⁸ Daten 2010 - 2020: https://www.europarl.europa.eu/infographic/welcoming-europe/index_de.html#filter=2020 abgerufen am 7.04.22

Daten 2021: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459422/umfrage/asylbewerber-in-den-laendern-der-eu/> abgerufen am 07.04.22

³⁹ vgl. Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 des Rates vom 4.03.2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms Bearbeitung von Anträgen und bei der Erweiterung der Aufnahmekapazitäten unterstützen sowie die freiwillige Verteilung von von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes, abgerufen am 12.04.2022.

⁴⁰ s. EUAA: Operational Plan 2022 – agreed by Romania and EUAA, 28.03.2022; abgerufen am 12.04.2022

⁴¹ UNHCR: UNHCR's Assistant High Commissioner lauds solidarity of Romania and the Republic of Moldova towards Ukrainian refugees, 09.04.2022, abgerufen am 12.04.2022

⁴² s. EUAA-Pressemitteilung: Ukraine War: EUAA deploys to Romania, 28.03.2022, <https://euaa.europa.eu/news-events/ukraine-war-euua-deploys-romania>, abgerufen am 12.04.2022 sowie laut EUAA-Kontaktstelle, Referat 91B

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

04/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

